

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gest. Einzelv. od. Konturten hinläßig wird. Erfüllungsort Altenstein. Gerichtsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterhalten der Zeitung insolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile ober deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr. Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 2

Altensteig, Dienstag den 3. Januar 1933

56. Jahrgang

### Die Glückwünsche des Reichstagspräsidenten

Was die Glückwünsche des Reichstagspräsidenten anbelangt, so hat Reichstagspräsident Göring folgendes Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet:

„Ew. Erzellenz bitte ich im Namen des Reichstages und seines Präsidiums ergebenst, Ihnen zum Anlaß des Jahreswechsels auf diesem Wege unsere ehrerbietigsten, aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen zu dürfen. Möge Gottes Gnade auch weiterhin über Ihnen walten, damit Ew. Erzellenz im neuen Jahre Ihre Kräfte so wie bisher dem Dienste an Volk und Vaterland widmen können. In ausgezeichnetester Hochachtung und aufrichtiger Verehrung habe ich die Ehre zu sein

Ihr sehr ergebener  
gez. Hermann Göring.

Der Reichspräsident hat darauf unter dem gleichen Datum erwidert:

„Haben Sie herzlichsten Dank für die freundlichen Glückwünsche, die Sie mir anlässlich des Jahreswechsels im Namen des Reichstages und seines Präsidiums übermitteln haben. Ich erwidere Ihre Glückwünsche mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen, wie für eine gute Arbeit des Reichstages.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. von Hindenburg.

Was den Empfang der Reichstagsvertreter anbelangt, so ist die Behauptung, es sei bei diesem Empfang dadurch zu einem Zwischenfall gekommen, daß ein Reichstagsvertreter die Beilegung des Preußentonsillites gefordert habe, abwegig. Man kann sich deshalb von keinem Zwischenfall sprechen, als bereits vorher bekannt war, daß eine derartige Äußerung von Seiten der Reichstagsvertreter gemacht werden würde. Der Reichspräsident hat in seiner Erwiderung dazu in entsprechender Form erklärt, er hoffe, daß die Sache mit Preußen in Ordnung komme.

### Keine neue Fünfsmächte-Konferenz?

London, 2. Jan. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ bestatigt, daß die für Ende Januar geplante Londoner Fünfsmächte-Konferenz aufgegeben worden ist. Es sei Macdonalds besonderer Wunsch gewesen, vor dem Zusammenfren der Abrüstungskonferenz eine grundsätzliche Verständigung unter den fünf Großmächten herbeizuführen, die sich einerseits auf die Auswirkungen der deutschen Gleichberechtigung, andererseits auf die konkreten Forderungen der französischen Sicherheitswünsche beziehen sollten. Ohne eine solche vorherige Verständigung besteht nach Macdonalds Ansicht die Gefahr, daß auf der Vollkonferenz wieder einmal der deutsche und der französische Standpunkt aufeinanderprallen und eine Vertagung notwendig machen.

### Feuergefecht bei Schanhaiwan

Schanhai, 2. Jan. In einem Feuergefecht zwischen Japanern und Chinesen kam es, wie Berichte aus Tientsin und Peking melden, in der am Golf von Kiautung gelegenen Stadt Schanhaiwan. Nach chinesischen Darstellungen eröffneten die Japaner aus unbekanntem Grund das Feuer, das die Chinesen erwiderten, um ihre Stellung halten zu können. In japanischen Kreisen Tientsins geht das Gerücht um, man habe in der Nähe des Bahnhofes, der von japanischer Gendarmerei besetzt ist, zwei Bomben gefunden. Eine Abteilung japanischer Truppen wurde nach Schanhaiwan geschickt, um die dort anwesigen Japaner zu schützen. Es besteht noch keine Klarheit darüber, ob es sich nur um ein Mißverständnis oder um eine japanische Aktion handelt, die im Zusammenhang mit dem Jehol-Konflikt steht.

### Devisenabkommen mit Holland und mit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion

Berlin, 2. Jan. Die Verhandlungen mit der holländischen sowie mit der belgischen und luxemburgischen Regierung zur Regelung der Zahlungen für den Warenverkehr zwischen Deutschland und den genannten Ländern haben zu einer Einigung geführt. Danach können künftig Firmen, die im Besitz einer allgemeinen Devisengenehmigung sind, soweit ihre Devisenkontingente für die Bezahlung von Warenbezügen aus diesen Ländern nicht ausreichen, die fehlenden Beträge in Reichsmark auf die bei der Reichsbank für die Belgische Nationalbank und für die Niederländische Bank errichteten Sondertonten einzahlen. Diese Markbeträge werden dann zur Bezahlung deutscher Lieferungen nach Holland bezw. Belgien und Luxemburg verwendet. Die neue Regelung tritt gegenüber Holland am 10., gegenüber der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion am 12. Januar in Kraft.

## Ende des Burgfriedens - Regierung u. Reichstag

Grüne Weihnachten, grünes Neujahr haben wir auch in diesem Jahr wieder erlebt. Wir wissen kaum noch, wie gerade zu den hohen Feiertagen eine schneebedeckte Landschaft, und in das weiße Winterfeld gehüllte Städte aussehen. Jahr für Jahr stellen wir uns vor, daß der Weihnachtsmann mit Schneeflocken im Bart und die Arme übereinander schlagend, um sich zu erwärmen, zu uns kommen werde. Statt dessen erschien er — nun jagen wir — im Füllgefiehd.

Das neue Jahr hat begonnen. Es bringt gleich als erstes und wichtiges Ereignis das Ende des Burgfriedens, der anlässlich der Wahlen zum 6. November verkündet und fast auf zwei Monate ausgebehnt worden ist. Mit dem Ablauf des Burgfriedens werden auch viele politische Freiheiten dem Volke wiedergegeben. Der Reichskanzler v. Schleicher richtete in seiner Rundfunkansprache einen Appell an alle, die politischen Freiheiten nicht zu mißbrauchen. Es darf in Deutschland nicht wieder dahin kommen, was wir im Frühjahr und im Sommer erlebt haben, als die Fieberkurve der politischen Leidenschaften immer höher stieg und es im Laufe eines halben Jahres zu 185 politischen Wörden kam. Man wird der künftigen Entwicklung mit einiger Skepsis gegenüberstehen; denn wenn auch zweifellos eine gewisse Entspannung eingetreten ist und der politische Haß nachgelassen hat, kann jeden Augenblick wieder die nur mühsam gedämpfte Leidenschaft zum Durchbruch kommen. Dann werden wir daselbe erleben wie 1932. Wirklich daselbe? Der Reichskanzler v. Schleicher hat mit besonderer Betonung darauf hingewiesen, daß bereits eine Verordnung vorliege, die völlig lückenlos sei und die alle politischen Ausschreitungen verhindern werde, falls die Agitation wieder wüste Formen annehmen werde. Wer den Reichskanzler v. Schleicher kennt, weiß, daß er nicht davor zurückschrecken wird, durchgreifende Maßnahmen durchzuführen.

Allerdings ist die innerpolitische Situation gerade zum Jahresbeginn wieder sehr dunkel. Dem Gesicht des Reichskanzlers v. Schleicher ist es gelungen, eine sofortige Reichstagsauflösung zu verhindern. Aber die Front der Gegner wächst, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich das Schicksal dieses Reichstages bereits Mitte Januar erfüllt. Alles wird davon abhängen, wie sich das Zentrum und die Nationalsozialisten verhalten. Der Buttergleichgewichtszwang für Margarine droht die christlichen Gewerkschaften in die Opposition zu führen. Die SPD. hat einen Antrag auf Aufhebung der Rotverordnung eingebracht, der selbstverständlich von der KPD. unterstützt werden wird. In demselben Augenblick, da sich das Zentrum für diesen Antrag entscheidet, würde auch die NSDAP. mitmachen, und damit hätte der Reichskanzler v. Schleicher fast dieselbe Mehrheit gegen sich wie leinerzeit v. Papen. Trotzdem ist die Lage der Reichsregierung noch nicht verzweifelt. Mit einer langen Lebensdauer des Kabinetts rechnet niemand. Aber die Auflösung bereits zu Mitte Januar ist unwahrscheinlich. Die NSDAP. dürfte einen Wahlkampf im Augenblick ablehnen. Dieser scheint auch gerade in der Zeit der schwersten Wirtschaftsjorgen zu Beginn des Jahres äußerst gefährlich; würde er sich doch in den Monaten der größten Arbeitslosigkeit abspielen.

Auf Grund dieser Erwägungen glaubt man, daß die Reichstagsstauung in der ersten Hälfte des Januar nur sehr

kurz sein wird. Der Reichskanzler v. Schleicher wird die Regierungserklärung abgeben. Daran anschließend dürfte es zu einer Vertagung um etwa einen Monat kommen. Unvermeidlich ist der Ausbruch des offenen Kampfes unvermeidlich.

Das Jahr 1933 beginnen wir in schwieriger Situation, aber nicht ohne Optimismus. Die schwere Krise, die hinter uns liegt, hat das eine Gute gebracht, daß mehr und mehr die wirtschaftliche Vernunft zum Durchbruch gekommen ist und man wieder nach wirtschaftlichen Grundfragen arbeitet. Ein erster Erfolg hat sich gezeigt. Die Lawine des Niederganges ist zum Stillstand gebracht worden. Man kann jetzt schon mit einer gewissen Berechtigung sagen: bis hierhin und nicht weiter! Aber der Wiederaufstieg wird schwer sein; hängt er doch nicht allein von unserem guten Willen ab, sondern von vielen Begleitumständen, deren Entwicklung weder bestimmt werden kann, noch im Augenblick sich übersehen läßt. Es heißt jetzt, sich wieder im Alltag zurechtzufinden, und nicht oft genug können und müssen wir uns die Parole wiederholen: durchhalten!

### Regierung und Reichstag

#### Der Wiederbeginn der politischen Arbeit

Berlin, 3. Januar. Das Wiederaufleben der politischen Tätigkeit nach der Ruhe der Feiertage kommt in einer ganzen Reihe von Äußerungen in den verschiedenen Zeitungen zum Ausdruck, in denen die Entwicklung der innerpolitischen Lage vor allem das Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag erörtert wird. Übereinstimmend wird in einer ganzen Reihe von Blättern der 17. Januar als der Termin für den Zusammentritt des Reichstages genannt und hervorgehoben, daß die Reichsregierung besonderen Wert darauf lege, die Stellungnahme der Parteien zu ihrem Programm in einer Debatte ohne weitere Verzögerung zu klären und nicht durch eine Vertagung des Reichstages die grundsätzlichen Fragen in der Schwebe zu lassen.

Die Germania sagt darüber hinaus, die Regierung werde sich auch hinsichtlich des Zeitpunktes den Wünschen des Reichstages gegenüber entgegenkommend zeigen. Der Reichskanzler werde vor allem ein klares Bekenntnis der NSDAP. für sich oder gegen sich fordern. Auch in anderen Blättern wird diese Auffassung des Kanzlers betont. Einige Blätter beschäftigen sich in diesem Zusammenhang auch mit der Preußenfrage und der bevorstehenden Aussprache zwischen Reichskanzler v. Schleicher und Ministerpräsident Braun. Die DAZ meint, daß diese Unterredung neben anderem auch die Möglichkeit der legalen Wahl eines neuen Ministerpräsidenten in Preußen und die Beendigung der kommissarischen Regierung zum Thema haben werde. Sollte eine Neuwahl des Ministerpräsidenten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen nicht zustandekommen, so dürfte nach Auffassung des Blattes mit einer Auflösung des Landtages auch unabhängig von dem künftigen Schicksal des Reichstages zu rechnen sein.

### Werteschöpfende Arbeitslosenfürsorge und Freiwilliger Arbeitsdienst

Der Freiwillige Arbeitsdienst erstreckt sich mit Recht des Interesses und der Förderung weitaus Kreise des deutschen Volkes. Der Gedanke, daß junger Jugend der Segen einer pflichtbewußten Arbeit nicht versagt sein solle, daß ihr die Gelegenheit zur Mitwirkung an Kostlandsarbeiten gegeben werden müsse, wobei gleichzeitig eine vollwertigere Arbeit einsehen solle, enthält einen wertvollen Kern. Die Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel und die bittere Not, in der sich zahlreiche Familienmütter gerade unter den arbeitslosen Bauarbeitern befinden, zwingt andererseits heute dazu, Arbeitsbereich und Aufgabenzirkel des Freiwilligen Arbeitsdienstes scharf zu umgrenzen.

Wirft man einen Blick in die Liste der rund 549 allein vom 12. September bis 23. November 1932 in Württemberg u. n. d. B. d. e. n. genehmigten einzelnen Maßnahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes, so findet man neben einer Reihe von Verbesserungen und Kultivierungsarbeiten, wie sie sich für den Freiwilligen Arbeitsdienst ihres ideellen Gehaltes wegen besonders gut eignen, neben einer vielleicht etwas reichlichen Zahl von Spiel- und Sportmaßnahmen, eine sehr große Zahl eigentlicher Bauarbeiten. Bei ihnen kann es kaum Frage sein, daß hieran der wirkliche Arbeitsdienst eine neue Art von Bauarbeiten, eine Uebergehung des Bauwesens mit seinen häufig geschulten Arbeitslosen, seinen erfahrenen Bauverleuten und Unternehmern, seinem vorhandenen Gerätepark vorliegt, die

durchaus ungerichtet ist. Schon die vorkommenden, nach Ansicht der Berufsvereinigungen bei entsprechender Baustellenorganisation und geschulten Arbeitern durchaus vermeidbaren Unfälle, denen mehrere blühende junge Menschenleben zum Opfer fielen, die unvermeidliche geringere Güte nicht sachverständiger Arbeit, und, wie sorgfältige Berechnungen ergaben, auch die in den meisten Fällen größeren Kosten des Freiwilligen Arbeitsdienstes gegenüber regulären Kostlandsarbeiten, die nicht zuletzt auf die ungenügenden Leistungen zurückzuführen sind, mühten es bei allen eigentlichen Bauarbeiten den Behörden zur Pflicht machen sie nur in die erfahrene Hand des Bauwesens zu legen. Das allein entspricht auch wirklich den gesetzlichen Bestimmungen, woraus ersichtlicherweise auch ein neuerer Erlaß des Präsidenten des Landesbauamts Schwabensland mit Ernst und Nachdruck hinweist.

Dem Freiwilligen Arbeitsdienst bleibt daneben auf seinem eigentlichen Arbeitsgebiet der Intensivierung und Vertiefung noch genügend Raum für Jahrzehnte, auch wenn er nicht durch Uebergriffe auf das Arbeitsgebiet des Bauwesens dessen Arbeitslose schädigt und sich selbst durch die unvermeidlichen Mängel der Regearbeit um kein Ansehen als eine auch volkswirtschaftlich gerechtfertigte Einrichtung bringt. Dr. Ing. H.

### Auch jetzt noch

können Sie für den Monat Januar die „Schwarzwälder Tageszeitung“ bestellen!





